

Zur außenpolitischen Konzeption der demokratischen Opposition in Belarus. (II): Belarus im euro-atlantischen Kontext

Ljabedz'ka, Anatol'

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ljabedz'ka, A. (1998). *Zur außenpolitischen Konzeption der demokratischen Opposition in Belarus. (II): Belarus im euro-atlantischen Kontext.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 14/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47409>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zur außenpolitischen Konzeption der demokratischen Opposition in Belarus

Teil 2: Belarus im euro-atlantischen Kontext

Zusammenfassung

Die Analyse schildert die Vorstellungen der weißrussischen Opposition zu den verschiedenen Dimensionen der internationalen Beziehungen des Landes, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zum Westen und zu den euro-atlantischen Strukturen.

Um seine einseitige Ausrichtung auf Rußland zu überwinden und so die staatliche Selbständigkeit zu behaupten, muß Belarus nach Ansicht der demokratischen Opposition in allen Richtungen außenpolitisch aktiv sein und besonders die Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn pflegen. Durch Ökonomisierung der Außenpolitik müssen neue Absatzmärkte erschlossen werden. In der euro-atlantischen Zusammenarbeit sollte das Land mit seiner eigenen Stimme sprechen und sich aktiv an der Bildung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur beteiligen, deren Ecksteine die OSZE, die NATO, die EU, die WEU und der Europarat sind. Eine solche Zusammenarbeit, auch militärischer Art im Rahmen des PfP-Programms der NATO, steht nicht im Widerspruch zur verfassungsmäßig gebotenen Neutralität des Landes.

Die besondere Bedeutung der Beziehungen von Belarus zu Rußland anzuerkennen heißt nicht, sie zu verabsolutieren. Im Gegenteil: Die Richtung, in der Belarus den größten Durchbruch in seiner Außenpolitik machen muß, ist die westliche Richtung. Nur eine Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern, die in ihrer Bedeutung derjenigen mit Rußland nicht nachsteht, ermöglicht es, die Selbständigkeit des weißrussischen Staates zu behaupten.

Der Standort von Belarus in Europa

Die Europäische Union und die NATO sind die am weitesten entwickelten internationalen Institutionen, die die moderne Geschichte hervorgebracht hat. Sie wurden unter den Bedingungen des Kalten Krieges gegründet und sollten die Voraussetzungen für friedliche Koexistenz schaffen. Heute haben sie sich zu einer stabilen multinationalen Gemeinschaft von Völkern umgestaltet, die gleichen Werten anhängen, gleichartige Aufgaben erfüllen und bereit sind, um des gemeinsamen Wohls willen einen Teil ihrer Souveränität abzutreten und sich gemeinsamen Beschlüssen zu unterwerfen.

Unsere Position ist eindeutig. Wir sind dafür, daß sich diese multinationale Gemeinschaft in einer Weise erweitert, die ganz Europa umfaßt. Die Integration in Europa ist für Belarus strategisch wichtig und lebensnotwendig.

Sicher ist das Scheitern der Integration von Belarus in den Westen 1991-93 nicht nur eine Folge der Innenpolitik des Landes und seiner Abhängigkeit von Rußland, es ist auch auf fehlenden politischen Willen und Fehleinschätzung der Situation seitens der westlichen Staaten zurückzuführen. In dieser Zeit verfolgten die USA und die europäischen Staaten ein einziges Ziel: dafür zu sorgen, daß die auf dem Territorium von Belarus stationierten Atomwaffen abgezogen werden. Alle übrigen Fragen wurden "auf später" verschoben. Die Frage nach dem Standort von Belarus in dem zu schaffenden mitteleuropäischen Kontext trieb die europäischen und amerikanischen politischen Eliten 1991-93 nicht um.

Die westliche Richtung der Außenpolitik von Belarus muß aus mehreren Komponenten bestehen: der mitteleuropäischen, der westeuropäischen und der transatlantischen.

Die Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Polen, der Ukraine, Litauen und Lettland ist das Fehlen territorialer Streitigkeiten und Ansprüche. Alle Fragen sind auf zwischenstaatlicher Ebene geregelt und haben den entsprechenden Niederschlag in völkerrechtlichen Dokumenten gefunden.

Wertvoll und zukunftssträchtig sind Kontakte zu Polen, das nicht nur Nachbar ist, sondern auch Vorreiter der Reformen in der Ostsee-Schwarzmeer-Region. Als hemmender Faktor in der regionalen Zusammenarbeit erweisen sich die undemokratischen Verhältnisse in Belarus. Wenn diese Probleme gelöst sind, dann eröffnen sich weite Möglichkeiten. Polen kann durchaus als eine Lokomotive gesehen werden, die den weißrussischen Waggon nach Europa zieht.

Man muß bedenken, daß das Territorium von Belarus jahrhundertlang zwischen mehreren Staaten aufgeteilt war, was bei der Bevölkerung der verschiedenen Landesteile zur Heranbildung eigener Mentalitäten, Traditionen und außenpolitischer Orientierungen führte. Während die Bevölkerung des östlichen Landesteils traditionell zu engeren Beziehungen mit Rußland neigt, wendet sich die im Westen Polen zu. Diese entgegengesetzten Orientierungen lassen sich nur dann harmonisch vereinigen, wenn sowohl in östlicher als auch in westlicher Richtung eine aktive Außenpolitik betrieben wird. Sehr wichtig ist, daß die Bürger von Belarus konkrete Resultate der Reformen sehen. Das wird zweifellos eine nachhaltige Evolution des Bewußtseins bewirken.

Aktuelle Bedingungen für den Ausbau der Zusammenarbeit mit der EU sind die Harmonisierung der Gesetzgebung von Belarus entsprechend den Forderungen und Standards der EU, die Ausarbeitung einer Konzeption der Beziehungen zwischen Belarus und der EU bis zum Jahre 2015 sowie die Vorbereitung umfassender Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone zwischen Belarus und der EU.

Was Westeuropa betrifft, so müssen die Beziehungen zu Deutschland allererste Priorität haben. Das ist eine objektive Tatsache und erklärt sich logisch aus der Rolle, die dieses Land in den europäischen Integrationsprozessen spielt, und aus den Perspektiven der weißrussisch-deutschen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Wenn von der Zukunftssträchtigkeit der Beziehungen zu den Ländern der EU die Rede ist, dann muß gesagt werden, daß durchgreifende Wirtschaftsreformen ohne Ökonomisierung der Außenpolitik nicht möglich sind. Die Außenpolitik hat nicht nur die Interessen der Sicherheit, sondern auch die der Wirtschaft zu gewährleisten, sie muß aktiv um Absatzmärkte für Produkte kämpfen, neue Kooperationsverbindungen herstellen und alte wiederaufnehmen. Dabei ist eine Konfrontation mit anderen Ländern – sogenannte "Wirtschaftskriege" – zu vermeiden.

Eine Diversifizierung der weißrussischen Absatz- und Rohstoffmärkte ist nur möglich, wenn das Problem der Transportinfrastruktur des Landes gelöst wird. Das bedeutet in erster Linie den Bau eines Netzes von Ölterminals an der Ostseeküste und eine Zugangsgarantie für Belarus. Am vollständigsten

kommt die "Transportkonzeption" in der Idee eines Ostsee-Schwarzmeer-Erdölverbunds zum Ausdruck.

Daneben sind strategische Veränderungen der Transportinfrastruktur nur bei einer zunehmend engen regionalen Zusammenarbeit aller interessierten Staaten möglich. Daher besteht eine weitere außenpolitische Priorität für Belarus in dem Bestreben, in der Region eine mächtige Gruppierung von Ländern zu schaffen, deren objektives Ziel es ist, den Einfluß Rußlands dort zu verringern und für Belarus Formen der regionalen wirtschaftlichen Spezialisierung festzuschreiben, die für das Land akzeptabel sind.

Belarus und die Sicherheit in Europa

Als vollberechtigtes Mitglied der OSZE hat Belarus die Möglichkeit, zu einem breiten Kreis von Problemen der europäischen Sicherheit eine selbständige Position zu erarbeiten und sich an Verhandlungen über Streitkräfte- und Rüstungsbegrenzung und über vertrauensbildende Maßnahmen zu beteiligen. Hier kann Belarus mit seiner eigenen Stimme sprechen, d.h. seinen eigenen Stellenwert in der europäischen Politik finden und so sein außenpolitisches "Profil" deutlicher festlegen.

Aufgrund seiner geostrategischen Lage in der ehemaligen UdSSR war Belarus nach deren Auseinanderbrechen einer der am meisten "militarisierten" europäischen Staaten. Daher wäre es durchaus angebracht, wenn gerade von seiner Seite vernünftige Initiativen zur Verringerung der Militärpotentiale der europäischen Staaten auf ein für die Verteidigung ausreichendes Mindestmaß ausgingen. Das würde zur Bildung eines positiven internationalen Images von Belarus beitragen. Im Hinblick auf die gewaltigen Aufgaben, die zur Beseitigung der Folgen der Tschernobyl-Katastrophe zu lösen sind, wäre es auch angebracht, die ökologischen Aspekte der Sicherheit zu betonen.

Heute bestehen gute politische Voraussetzungen dafür, daß die Suche und Ausarbeitung eines allgemeinen und umfassenden Sicherheitsmodells für das Europa des 21. Jahrhunderts eine neue Dynamik erhält. Ein zentrales Element muß dabei die Festlegung zeitgemäßer Formen des Zusammenwirkens, der Koordination und der Koppelung der Anstrengungen der OSZE, der NATO und anderer mit Sicherheitsfragen befaßter Strukturen sein.

Die Republik Belarus könnte sich nach unserer Ansicht ebenfalls konsequent für einen einheitlichen Sicherheitsraum in Europa einsetzen, in dem es keine Abgrenzungslinien und kein Wiederaufleben der Quellen von Spannung und Mißtrauen gibt. Im März 1992 wurde Belarus in den Rat für nordatlantische Zusammenarbeit aufgenommen. Am 11. Januar 1995 wurde in Brüssel das Dokument des NATO-Programms "Partnerschaft für den Frieden" (PfP) unterzeichnet. Belarus kann die Besonderheiten seiner geostrategischen Lage effektiv nutzen, indem es sich in vernünftigen Grenzen an der Schaffung neuer Sicherheitsstrukturen, auch solcher unter der Ägide der NATO, beteiligt.

Heute wird allmählich deutlich: Die Bemühungen um die Bildung eines auch nur einigermaßen gewichtigen kollektiven Sicherheitssystems der GUS-Staaten auf der Grundlage des Taschkenter Vertrags vom 15. Mai 1992 sind wenig effizient und ohne Perspektive. Die Vorstellungen politischer und militärischer Kreise in Rußland, auf der Basis des Vertrags über kollektive Sicherheit eine Militärorganisation nach dem Muster der NATO zu schaffen, treffen bei einigen GUS-Ländern auf Widerstand. Sie haben kein Interesse an einem hohen Grad militärischer Integration im Raum der ehemaligen UdSSR. Insofern sind Hoffnungen, sich durch ein kollektives Sicherheitssystem der GUS ein Gefühl der Sicherheit zu verschaffen, kurzfristig. Außerdem steht für Belarus die Beteiligung an einem militärisch-politischen Bündnis im Rahmen der GUS im Widerspruch zur nationalen Gesetzgebung, in der die Orientierung des Landes auf Neutralität festgelegt ist.

Folglich sollte das Streben nach Sicherheit im Rahmen einer angemessenen Beteiligung an der Bildung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur stattfinden, deren Ecksteine die OSZE, die NATO, die EU, die WEU und der Europarat sind. Dabei bietet die OSZE allgemein die besten Vor-

aussetzungen für einen gesamteuropäischen Sicherheitsdialog, während für den militärischen Aspekt von Sicherheit und Stabilität die NATO eine beeindruckende Rolle spielt.

Gerade das Nordatlantische Bündnis kann in der politisch-militärischen Dimension – zunächst durch die Schaffung des Nordatlantischen Kooperationsrats und sodann durch die Realisierung des PfP-Programms – ein Netz neuer Beziehungen in Europa schaffen. Eine wohldurchdachte, rationale Teilnahme am PfP-Programm steht nicht im Widerspruch zum Neutralitätskurs. Nicht zufällig haben sich neutrale Länder wie Schweden, Finnland, Österreich und Malta dem PfP-Programm angeschlossen.

Was bringt Belarus eine aktive Teilnahme am PfP-Programm? Zum einen wird das Land an der Erarbeitung eines neuen Beziehungssystems im Bereich der Sicherheit beteiligt. Darüber hinaus eröffnen sich ihm Wege zur Erweiterung der militärischen Kontakte mit den westlichen Demokratien, was in der Praxis zur Durchführung der Militärreform und zum Aufbau eigener Streitkräfte beitragen wird. Die Zusammenarbeit wird es ermöglichen, das Problem der Entmilitarisierung und der Konversion der Verteidigungsindustrie zu lösen.

Schon heute sind die Bedingungen für die beschleunigte Vorbereitung eines individuellen Partnerschaftsprogramms zwischen der NATO und Belarus gegeben. In ihm sollen konkrete Maßnahmen und Aktivitäten festgelegt werden, die den Interessen und den Möglichkeiten von Belarus am besten entsprechen. Die praktische Umsetzung des in der Verfassung des Landes verankerten Neutralitätsprinzips bietet die reale Möglichkeit, sich von der "Umarmung durch russische Generäle" zu befreien. Für das Land besteht guter Grund, auf Neutralität zu setzen. Das ist nicht nur ein Verfassungsgebot, sondern auch eine Idee, die breiten Rückhalt in der Gesellschaft findet. In der Bevölkerung der Republik sind Antikriegsstimmungen weit verbreitet.

Heute besteht eine völkerrechtliche Basis, die es Belarus ermöglichen kann, internationale Anerkennung seiner Neutralität zu finden und entsprechende Sicherheitsgarantien zu erlangen. Die Rede ist von dem im Dezember 1994 von John Major, Bill Clinton und Boris Jelzin unterzeichneten Memorandum über Sicherheitsgarantien für Belarus.

Anatol' Ljabedz'ka

Der Verfasser ist stellvertretender Vorsitzender der Vereinigten Bürgerpartei, Mitglied des legitimen Parlaments von Belarus und Präsident der Weißrussischen Euro-Atlantischen Vereinigung. Er gibt hier seine persönlichen Ansichten wieder.

Redaktion: Bernd Bentlin/Heinz Timmermann

Übersetzung: Bernd Bentlin